



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 9. September 2025

Politischer Bericht
für die Sitzung der Bundestagsfraktion am 9. September 2025

Inhalt

1. ZUR LAGE	2
2. ...WAS SONST NOCH WICHTIG IST IN DIESER WOCHE:	4
Ein Ticket für ganz Deutschland	4
Bessere finanzielle Unterstützung für die Kriegsgräberfürsorge	4
Entsorgung und Recycling von Batterien erleichtern.....	5
Investitionen in Infrastruktur für Länder und Kommunen regeln	5

1. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der offenen und konstruktiven Diskussion auf der Klausur der Vorstände in Würzburg und in unserer Fraktion wurde noch einmal deutlich: Wir übernehmen geschlossen für dieses Land Verantwortung – das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns. Der Koalitionsvertrag ist dafür die Grundlage. In unserer Klausur haben wir uns auf die Schwerpunkte für die kommenden Monate verständigt, die wir jetzt zügig abarbeiten werden.

Viele Bereiche unserer Wirtschaft kämpfen nach wie vor mit den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs und der Handelskonflikte zwischen den USA und Europa. Diese geopolitischen Unsicherheiten erschweren eine Erholung unserer Wirtschaft. Gerade die Stahl- und Autoindustrie stehen unter großem Druck, zahlreiche Arbeitsplätze sind gefährdet. Deshalb ist es richtig – wie von uns gefordert – die Branchen zu Gesprächen einzuladen. Mit dem Wachstumsbooster haben wir bereits gehandelt und deutlich gemacht: Wir investieren in Wachstum, Arbeitsplätze und eine gute Zukunft – und dazu gehören auch Investitionen in den Ausbau der E-Mobilität. Zügig geführte Debatten über das Verbrenner-Aus helfen unserer Industrie nicht weiter, davon bin ich fest überzeugt. Die Elektromobilität ist die einzig echte Chance der deutschen Automobilindustrie.

Rekordinvestitionen für Zusammenhalt

Wir investieren rund 116 Milliarden Euro in Wachstum, Sicherheit und Zusammenhalt. Mit unseren Rekordinvestitionen bringen wir Deutschland voran. Dabei haben wir Sicherheit, Wachstum und den sozialen Zusammenhalt gleichermaßen im Blick. Besonders wichtig ist die Sport-Milliarde, mit der marode Turnhallen und Sportplätze saniert werden können. Jetzt arbeiten wir daran, dass das Geld schnell bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Dazu müssen wir Planungs- und Bauverfahren radikal beschleunigen. Das können wir. Beim Ausbau der erneuerbaren Energie haben wir es bereits bewiesen.

Vor einer Woche habe ich mit meinem Kollegen Jens Spahn die Ukraine besucht. Zum ersten Mal haben die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition gemeinsam eine solche Reise gemacht – ein starkes Zeichen unserer Solidarität mit den Menschen vor Ort! Die Gespräche mit Präsident Selenskyj, Vertreterinnen und Vertretern aus dem Parlament und der Zivilgesellschaft waren geprägt von großer Dankbarkeit für die Unterstützung aus Deutschland. Die Ukraine kämpft für Europas Freiheit. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht nachlassen mit unserem Engagement und die Ukraine weiter militärisch, zivil und politisch unterstützen.

Das Thema Pflege beschäftigt viele Menschen in unserem Land – umso wichtiger ist es, dass wir dort Dinge voranbringen. Zwei wichtige Vorhaben beraten wir jetzt im Parlament: Wir

sorgen im Bereich der Pflegeassistenzen für bessere Ausbildungschancen für junge Menschen und damit für eine bessere Versorgung von Pflegebedürftigen. Gleichzeitig stärken wir die professionelle Pflege durch erweiterte Befugnisse für Pflegefachkräfte und weniger Bürokratie.

In dieser Woche nimmt zudem die Corona-Enquetekommission ihre Arbeit auf. Ich wünsche mir sehr, dass die Kommission einen Beitrag leistet, die tiefen gesellschaftlichen Wunden, die die Corona-Pandemie hinterlassen hat, zu heilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit unserer Arbeitsklausur sind wir nach der parlamentarischen Sommerpause direkt gestartet, viele wichtige Debatten und Entscheidungen liegen vor uns. Noch im September werden wir die Wahlen zum Bundesverfassungsgericht nachholen, der Haushalt 2025 wird abgeschlossen, und wir beginnen mit den Beratungen für den Haushalt des kommenden Jahres. Fest steht: Auch in den kommenden Monaten kommt es auf uns an!

Mit solidarischen Grüßen

Euer

Dr. Matthias Miersch

2. ...WAS SONST NOCH WICHTIG IST IN DIESER WOCHE:

Ein Ticket für ganz Deutschland

Das Deutschlandticket für den gesamten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist seit dem 1. Mai 2023 erhältlich. Digital, bundesweit gültig und monatlich kündbar: ÖPNV in ganz Deutschland ist so einfach nutzbar – und zwar unabhängig von Bundesland, Verkehrsverbund oder Tarifgebiet. 13,5 Millionen Kundinnen und Kunden tun das bereits. Seit Januar 2025 kostet es monatlich 58 Euro. Die vereinfachte Tarifstruktur und die Möglichkeit, das Ticket online zu kaufen und zu nutzen, haben das Deutschlandticket so erfolgreich gemacht.

Bund und Länder beteiligen sich bislang mit jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich an der Finanzierung des Deutschlandtickets. Der Bundesanteil wird im Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs geregelt, das wir im Hinblick auf die weitere Finanzierung des Deutschlandtickets ab 2026 nun intensiv im Parlament beraten. Die Fortführung des Deutschlandtickets über 2025 hinaus haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart.

Stichwort: Änderung des Regionalisierungsgesetzes: Finanzierung des ÖPNV (Deutschlandticket)

Bessere finanzielle Unterstützung für die Kriegsgräberfürsorge

Seit mehr als 100 Jahren leistet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. mit seinen über 500 hauptamtlichen und zahllosen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine wertvolle Arbeit für unser Land und einen bedeutenden Beitrag zur Aussöhnung und Völkerverständigung in Europa.

Kriegsgräberfürsorge beruht auf zwei gleichwertigen Säulen. Zur ersten Säule zählen Pflege und Erhalt der Kriegsgräberstätten sowie die individuelle Schicksalsklärung der Kriegstoten.

Mit der zweiten Säule folgen die aktive Gedenk- und Erinnerungsarbeit sowie die gesellschaftliche Vermittlung der Thematik, insbesondere für die nachfolgenden Generationen, um ihnen jederzeit die Bedeutung der europäischen Friedensordnung präsent zu halten.

Für diese Aufgaben muss der Volksbund angemessene Finanzmittel erhalten. In unserem Antrag fordern wir, dass die jährlichen Zuwendungen den Bedarf zur Pflege und Instandhaltung der existierenden Kriegsgräberstätten in einem würdigen Zustand decken. Der augenblicklich noch existierende Investitionsstau ist mittelfristig abzubauen.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat der Haushaltsausschuss in der Bereinigungssitzung daher – vorbehaltlich der Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Haushalt 2025 – für dieses Jahr zusätzliche 2 Millionen Euro sowie für 2026 weitere 2,5 Millionen Euro vorgesehen.

Zu unseren weiteren Forderungen gehört auch, dass im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Volksbund und Hochschulen ein zentrales digitales Verzeichnis aller Kriegsgräberstätten im Inland und der auf ihnen bestatteten Kriegstoten angelegt und öffentlich zugänglich gemacht wird.

Stichwort: Antrag CDU/CSU und SPD „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – Arbeit für Frieden und Versöhnung sicherstellen – Generationen verbinden“

Entsorgung und Recycling von Batterien erleichtern

Mit dem Gesetzentwurf der Koalition zur Änderung des Batterierechts passen wir nationale Regelungen EU-Vorgaben an. Der Gesetzentwurf sorgt für einen einheitlichen Rechtsrahmen für den gesamten Lebenszyklus von Batterien. So geht es um Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, Beschränkungen von gefährlichen Stoffen, Anforderungen an das Produktdesign wie die Austauschbarkeit von Batterien, Rezyklateinsatzquoten und Regelungen zur Sammlung und Behandlung von Altbatterien.

Künftig bekommen Wertstoffhöfe eine zusätzliche Pflicht: Sie müssen auch Batterien aus leichten Verkehrsmitteln (beispielsweise aus E-Bikes) zurücknehmen. Im parlamentarischen Verfahren haben wir uns im Sinne der öffentlich-rechtlichen Entsorger dafür eingesetzt, die künftig Starterbatterien (Autobatterien) selbst verwerten können und dadurch Erlöse generieren. Des Weiteren haben wir in einem Entschließungsantrag das Problem der durch lithiumhaltige Batterien verursachten Brände adressiert.

Stichwort: CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Batterierecht-EU-Anpassungsgesetzes

Investitionen in Infrastruktur für Länder und Kommunen regeln

Wir wollen wichtige Zukunfts- und Transformationsaufgaben wie die Digitalisierung oder die Energiewende vorantreiben, damit Deutschland neue Wachstumsimpulse erhält und auch zukünftig ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Dazu gehört eine moderne öffentlichen Infrastruktur. Sie ist ein maßgeblicher Faktor, der die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotential Deutschlands wesentlich mitbestimmt. Große Investitionsbedarfe für Länder und Kommunen bestehen bei der Sanierung und dem Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, dem Erhalt und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, dem Ausbau der Wärme- und Energieinfrastruktur, der Transformation und Modernisierung der Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegeinfrastruktur, bei der Digitalisierung, in der Wissenschafts- und der Forschungsinfrastruktur sowie bei der Stärkung des Bevölkerungsschutzes.

Damit Bund, Länder und Kommunen schnell und in ausreichendem Maß in ihre Infrastruktur investieren und so die Basis für langfristiges Wirtschaftswachstum schaffen können, wurde

mit dem neuen Artikel 143h des Grundgesetzes eine Grundlage für die Errichtung eines Sondervermögens mit eigener Kreditermächtigung von bis zu 500 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 geschaffen. Den Ländern stehen daraus 100 Milliarden Euro für Investitionen in ihre Infrastruktur zur Verfügung.

Der Gesetzentwurf regelt die wesentlichen Einzelheiten der Umsetzung des für Länder und Kommunen vorgesehenen Anteils an dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Festgelegt werden insbesondere die Verteilung der Mittel auf die Länder sowie die vorgesehenen Infrastrukturbereiche, in die die Mittel investiert werden können.

Stichwort: Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz